

Machtverschiebung durch Bündnisse und neue Netzwerke:

Nimmt die Wirtschaft der Politik das Heft weg?

Für die Absicherung der Wettbewerbspositionen auf dem Weltmarkt werden immer häufiger Allianzen über Länder und Kontinente hinweg geschlossen. Dabei entsteht ein globales Netzwerk unterschiedlicher Bündnisse. Professor Günther Müller-Stewens kommentiert die Tatsache, daß damit auch gleichzeitig eine Machtverschiebung von der Politik auf die Wirtschaft verbunden ist.

Die Welt wird durch globale Konzerne und durch Regionen, die jeweils nach dem notgedrungenen Willen ihrer Regierungen kooperieren, Schritt für Schritt zu einer Einheit zusammengeschweißt. Dies ist eine Kernaussage von Edzard Reuter, Vorsitzender des Vorstandes der Daimler Benz AG (1).

Wohl nicht ganz zufällig folgte der Beitrag von Reuter in „Die Zeit“ auf eine sensationelle Ankündigung von Anfang März dieses Jahres: Daimler Benz, mit etwa 80 Mrd. DM Umsatz größter deutscher Konzern, und Mitsubishi, vermutlich größtes Unternehmen der Welt und etwa 10mal so umsatzstark wie Daimler, wollen eine Kooperation auf nahezu allen Betätigungsfeldern der beiden Unternehmen eingehen. Ausgeschlossen wurde lediglich – vermutlich, um keine Erinnerungen an die Achse „Berlin-Rom-Tokio“ wachzurufen – der Rüstungsbereich.

Sieht man einmal von den wirtschaftlichen Problemstellungen (synergetisches

Potential der Partnerschaft usw.), die mit dieser Allianz aufgeworfen werden, ab, so ist doch gerade auch die wirtschafts- und ordnungspolitische Dimension, die Reuter dieser Allianz beimißt, äußerst bemerkens- und bedenkenswert. Dies gilt vor allem auch angesichts der aktuellen Diskussion zur Zukunft der heutigen Militärbündnisse und der Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses der KSZE-Staaten.

Überlagerung von Machtstrukturen

Tatsache ist vorerst einmal, daß immer häufiger derartige Allianzen für die Absicherung von Wettbewerbspositionen in der Weltwirtschaft geschlossen werden. Dies gilt insbesondere für Branchen mit hohem High-Tech-Einsatz. Neue Technologiegenerationen sollen in ihren Kosten und Risiken geteilt werden. Insofern ist der Fall Daimler-

Mitsubishi kein Einzelfall. Auch ist man in dieser Partnerschaft keineswegs ausschließlich aneinander gebunden. Jeder kann durchaus auch noch weitere Allianzen eingehen.

Was allerdings durch die wachsende Anzahl solcher Allianzen passiert, ist die Entstehung eines globalen Netzwerkes wirtschaftlicher Bündnisse. Damit einher geht die Verschiebung der bestehenden Machtverhältnisse.

Dabei können diese Netzwerke ihre Machtzentren und -achsen durchaus an anderer Stelle haben als die politischen oder militärischen Netzwerke. Die verschiedenen dimensionierten Netzwerke überlagern sich gewissermaßen, wodurch Spannungsfelder zwischen Politik und Wirtschaft entstehen können.

Sicherlich ist es auch so, daß sich die Entwicklungen in den einzelnen Netzwerken wechselseitig beeinflussen: Die Veränderungen der politischen Verhältnisse im Osten schaffen neue Möglichkeiten für wirtschaftliche Kooperationen; oder die wirtschaftliche Entwicklung des pazifischen Raumes stellt gewisse Anforderungen an die „politische Begleitung“ europäisch-asiatischer Zusammenarbeit.

In letzterem Fall macht die Wirtschaft in gewissem Maße Außenpolitik. Wir wissen alle, daß zum Beispiel die Politiker Frankreichs sehr intensiv auch in die Bearbeitung der ausländischen Märkte eingeschaltet werden. Auch Felipe Gonzales hatte vor kurzem seine Diplomaten zusammengerufen, damit sie sich mehr für die Belange der exportierenden spanischen Wirtschaft einsetzen.

Doch während in diesen Fällen die nationale Souveränität wohl unberührt bleibt, geht das, was Reuter anspricht, weit darüber hinaus. Er sieht in den Wirtschaftsräumen der über Strategische Allianzen verbundenen Konzerne auch die zukünftigen politischen Ein-

heiten, denen sich die Nationalstaatlichkeiten unterzuordnen hätten. Folge die Politik den wirtschaftlichen Strukturen, so würde man aufgrund der Interessenverflechtungen der internationalen Konzerne auch Sicherheitspolitik betreiben: „Dann muß die Politik aus Gründen machtpolitischer Stabilität Vernetzungen jeder Art fördern, ... – wohl wissend, daß dies zugleich die traditionelle Machtsoveränität der Staaten weiter auflösen wird.“

Das Dilemma des politisch motivierten Konzernstrategen

Diese Aussage von Reuter macht deutlich, in welches Dilemma wir – unsere Gesellschaft und ihre Entscheidungsträger – geraten sind: Einerseits muß unsere Wirtschaft den Tendenzen zur internationalen Arbeitsteilung folgen, und sicherlich sollte unsere Politik Initiativen in dieser Richtung nicht nur aus einer nationalen Perspektive beurteilen. Auch sollten wir froh sein, wenn wir politisch argumentierende Führungskräfte – wie Reuter – an der Spitze unserer Konzerne haben, denn längst berührt wirtschaftliches Handeln mehr als nur die Wirtschaft eines Landes. Wenn wir wollen, daß unsere Konzerne sich als „Weltbürger“ verstehen, dann dürfen wir uns nicht darüber beklagen, daß ihre Lenker auch politisch denken, handeln und Verantwortung übernehmen wollen – und zwar im Rahmen der gewachsenen wirtschaftlichen (Macht-) Strukturen.

Andererseits sind die Vorstände unserer Konzerne nicht vom Volk gewählt und damit auch nicht nach demokratischen Prinzipien vom Volk wieder abwählbar. Verliert aber zum Beispiel die Außenpolitik einen Teil ihrer Kompetenz und Eigenständigkeit an eine durch die internationalen Konglomerate prädestinierte „Wirtschaftspolitik“, dann liegt die Zukunft eines Landes oder einer Wirtschaftsregion nicht mehr in den Händen der durch die Bürger dieses Landes eingesetzten Regierung.

Die Politik kann und darf nicht zur reinen Exekutive der Wirtschaft werden. Die Wirtschaft kann und darf sich aber auch nicht durch nationalstaatliche Re-



Prof. Dr. Günther Müller-Stewens ist Inhaber des Lehrstuhls für BWL an der Universität-GH Duisburg mit dem Schwerpunkt Planung, Organisation und Personalwirtschaft.

striktionen und Autarkiewünsche von der Gestaltung der den weltwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Strukturen abhalten lassen.

Sie hat sogar den Auftrag, sich diesen globalen Herausforderungen anzunehmen – nicht zuletzt auch wieder zur Sicherung nationaler Arbeitsplätze.

Eine Abschwächung dieses Dilemmas können wir wahrscheinlich nur aus der Akzeptanz eines gemeinsamen, die beiden Netzwerke „Politik“ und „Wirtschaft“ verkoppelnden Handlungsrahmens erwarten. Dieser muß auch den gesamten regionalen Handlungsraum der Akteure umfassen und darf damit nicht an nationalen Grenzen abrupt enden.

Die Rechtsordnung als verbindendes Element

Auch wenn man das friedensstiftende Element eines integrierten Marktes anerkennt, so ist es aber auch möglich, daß nicht nur von politischer, sondern auch von wirtschaftlicher Macht eine Bedrohung des Friedens ausgehen kann. Deshalb wäre es im Sinne der Friedenssicherung sicherlich nicht wünschenswert, wenn die durch die

weltweite Arbeitsteilung entstehenden Freiräume nationalstaatlicher Souveränität durch wirtschaftliche Macht ausgefüllt würden. Hier ist vielmehr eine ordnungspolitische Herausforderung gegeben, einen die Nationalstaaten überspannenden Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen es Richtlinien und Regeln für eine Kontrolle und Steuerung der Verteilung wirtschaftlicher Macht gibt.

Deshalb ist wohl Kurt Biedenkopf zuzustimmen, wenn er darauf verweist, „... daß das Recht die Grundlage und den Rahmen auch für die über die nationalen Souveränitäten hinausreichende Integration der Wirtschaft gestaltet“ (Die Zeit, 23.3.90). Die Aufgabe der weltweiten Friedenssicherung dürfte also eher beim Recht und nicht bei der Wirtschaft zu suchen sein.

In Zeiten sich überstürzender wirtschaftlicher wie auch politischer Ereignisse scheint es mir mehr denn je wichtig zu sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung die politische nicht „abhängt“ oder sie zum Folgen gewissermaßen „nötigt“.

Synchronisierung politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen

Wirtschaftliches Handeln findet im Rahmen unserer Rechtsordnung statt. Diese ist wiederum nur so gut, wie sich alle Betroffenen politischen Handelns in sie einzubringen vermögen.

Um es hier zu keiner unnötigen Entkopplung von Politik und Wirtschaft kommen zu lassen, ist ein permanenter verständnisorientierter Diskurs zwischen beiden zu fordern. Sein Ziel ist die Weiterentwicklung eben dieser Rechtsordnung, sowohl auf nationaler als auch „übernationaler“ Ebene. Dabei muß auch für ein Verständnis unterschiedlicher Perspektiven (wirtschaftliche, ökologische usw.) geworben werden. Wird

Zweitägige Seminare

Von der 2-dimensionalen zur 4-dimensionalen Führung

Gratis-Info 4DF-d mit Terminen von LIETZ Individuelle Seminare
Am Rubenland 17, 8700 Würzburg,
Tel. 0931-6112 82, Fax 0931-6124 50